



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 81881 - 88
Fernschreiber 0886890

P/XII/221 - 27. September 1957
Hinweise
auf den Inhalt:

Zur Preissituation	S. 1
Adenauers Ruf nach Atomwaffen	S. 2
Um eine Reform des italienischen Senats	S. 3
Paradoxe Gerechtigkeit	S. 5
Zum 90. Geburtstag Walther Rathenau	S. 7

Auftakt für die nächsten vier Jahre

rd - Nach den Preiserhöhungen bei der Steinkohle ist die Braunkohle schnell gefolgt und man braucht keinen weiteren Katalog nachfolgender Preiserhöhungen aufzustellen, um zu zeigen, dass dieser Angriff unmittelbar gegen die Verbraucher gerichtet ist. Galt der Hauptanteil der Steinkohlenförderung noch in den industriellen Verbrauch, und werden somit die Preiserhöhungen in der Endverbraucherpreisen erst allmählich sichtbar, so geht die Preiserhöhung für Braunkohle direkt in die Haushalts- oder Kostenrechnung der Kraftwerke ein und reißt hier über die Brennstoff- und Strompreise unmittelbar Löcher in den Verbraucheretoz. Auch die regierungsfreundliche Presse sieht sich zu der Feststellung veranlassen: Selbst der besonnenere Teil der Wähler fühlt sich jetzt als vor der Wahl gestreicheltes Stimmvieh, das nun unversehens zur Feder gelassen werde. Das ist eine etwas späte Erkenntnis.

Der Sozialdemokratie geht es bei ihren kritischen Bemerkungen zur Preissituation nicht um die hässliche Feststellung, Recht behalten zu haben. Ihr geht es darum, den Besitzstand aller ehrlich Schaffenden, die Lebenshaltung, zu erhalten. Daher verlangt sie energische Maßnahmen von der Regierung zur Aufrechterhaltung stabiler Preise und des inneren Geldwertes, der durch diese Preisentwicklung weiter gefährdet wird. Sie verlangt auch die ehrliche Anerkennung der tatsächlichen Ursachen der Preistreibererei sowie deren Beseitigung und hat darauf nicht erst im Angesicht der Wahlen hingewiesen.

Es mag der Regierung unangenehm sein, dass diese Machtdemonstration

der Industrie - aber auch die Landwirtschaft hat bekanntlich ihre nicht weniger massiven Forderungen bereits angemeldet - so kurz nach den Zahlen vorgeführt wird. Doch sie hätte ernsthaft Möglichkeiten, die Preistreiber zur Ordnung zu rufen: die Streichung der Einfuhrabgabe für eingeführte Kohle, das wären DM 2.40 pro t, sowie die Senkung des Mineralölzollens und den Verkauf der bundeseisernen Förderung zu bisherigen Preisen, durch Herausnahme dieser Kohle aus dem Preiskartell der Ruhrkohle. Doch dazu wird sie sich nicht aufschwingen.

Es bedarf aber mehr. Die wahren Ursachen der Preistreiberi sind noch immer die etatsbegünstigte Selbstfinanzierung, der mangelnde Ausgleich unserer Handelsbilanz, die zwar vorgeprochen, aber absichtlich unwirksam gehaltenen Zölleinsparungen und die noch immer aufrecht erhaltenen Einfuhrrestriktionen. Die Sozialdemokraten brauchen ihren vor den Wahlen bekanntgegebenen Entschluß nichts hinzuzufügen.

Man versucht jetzt, die Rentenreform und den angeblichen Nachwehen der vorjährigen Lohnverhänger als Schuld an dieser Preistreiberi zuzuschreiben, versucht sich zu entschuldigen, dass man den Rentnern, Lohn- und Gehaltsempfängern so wieder absieht, was man sich zuvor gewaltsam abringen liess. Auch das ist verlogen, hier sei zitiert aus einem Inserat der "Luzer" vom 17. August 1957, das "Die Wirtschaft" in der ganzen westdeutschen Presse veröffentlichte: "Nur mit steigender Produktivität konnten wir eine solche Rentenreform überhaupt verkraften". Sie war also verkraftet - oder war auch das, wie vieles andere in dieser Inseraten, nur eine zweckbedingte Lüge?

Man soll sich nun nicht wundern, wenn die Gewerkschaften sofort alle Möglichkeiten der Paritätswindigung nutzen, um den jetzt angaloppierenden Preisen auf den Fersen zu bleiben. Ihnen kann man die Schuld an der Preis-Lohn-Spirale und dem fortschleichenden Kaufkraftverfall der Mark nicht zuschieben. Die Schuld daran liegt allein an der rücksichtslosen Preispolitik der Wohlfinanzierer dieser Regierung, die in ihrer Abhängigkeit nichts ist. Das ist ein furchtbarer Aufteck für die nächsten vier Jahre.

27. September 1957

- 2 -

Marsch auf der StraÙe des Todes

sp - Recht deutlich haben Briten und Amerikaner ihre Absicht kundgetan, ihre in Europa stehenden Truppen zu verringern. Schon vor einem halben Jahr machte Großbritannien den Anfang, die Amerikaner hielten sich damals noch zurück, um die Position Adenauers vor den Wahlen nicht zu erschweren. Diese Rücksichtnahme ist nun nach der Entscheidung des 15. September hinfällig geworden. Ein teilweiser amerikanischer Truppenabzug aus der Bundesrepublik liegt in Sichtweite, sehr zum Verdruß Dr. Adenauers, der nun zusehen muß, "wie man etwas verkauft, ohne etwas dafür zu bekommen". Die Chance, daß die Sowjetunion eine Verringerung der in der Bundesrepublik stationierten britisch-amerikanischen Truppen mit einer politischen Gegenleistung honorieren würde, wurde längst vertan.

Welche Schlußfolgerungen zieht nun der Bundeskanzler aus dieser Lage? Er hat sie in einem Interview, das als Warnung, aber auch als Bitte, an die britisch-amerikanische Adresse gerichtet war, angedeutet.

Dr. Adenauer besteht auf der Ausrüstung der auf westdeutschem Boden noch verbleibenden britisch-amerikanischen Besatzverbände "mit den modernsten Waffen" - das heißt also auch mit atomaren Waffen, wovon die Bundeswehr nicht ausgenommen werden soll, falls es zu keinen sichtbaren Fortschritten in den Abrüstungsverhandlungen käme. Dieser Gedanke ist an sich nicht neu, freilich hat ihn die Regierung während des Wahlkampfes im Hintergrund gehalten, ja, die Regierungspropagandisten wehrten sich leidenschaftlich gegen den Vorwurf der Opposition, die Bundesregierung wolle den verhängnisvollen Weg eines Rüstungswettlaufs mit atomaren Waffen beschreiten.

Die Tragödie des gescheiterten Atomgesetzes ließ allerdings für jeden Wissenden erkennen, was die Bundesregierung verhat, und wohin die unsichere Fahrt geht. Es läuft auf nichts anderes als auf die Vorbereitung zu einem "kleinen Atomkrieg" hinaus, aus dem sich zwar die "Großen", die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, fernhalten könnten, die "Kleinen" aber die für sie tödliche Zeche zu bezahlen hätten.

Nach der neuen Militärphilosophie der Vereinigten Staaten, entwickelt in dem erregenden Buch "Nuclear Weapons and Foreign Policy" (Nukleare Waffen und Außenpolitik) von Kissinger, in dem viele so etwas wie einen neuen Clausewitz erblicken, wird eine Theorie der Aufwertung von örtlichen Kriegen im Atomzeitalter entwickelt. Kernpunkt dieses militärischen Denkens ist die Errichtung von Zonen entlang des Eisernen Vorhanges, die mit kleineren Atomwaffen mit begrenzter Reichweite ausgestattet werden sollen. Sie sind als Abschreckung für einen möglichen sowjetischen Angriff gedacht. Die Gefahren einer solchen Konzentration von Atomwaffen auf eng begrenzten Raum liegen auf der Hand. Im Falle des Falles wäre es die deutsche Selbstvernichtung. Kissinger und die amerikanische Außenpolitik gehen von der phantastischen Annahme aus, durch vorherige Vereinbarungen zwischen den Amerikanern und den Sowjetrussen die Zone, in der ein Krieg mit atomaren Waffen zu führen ist, so zu begrenzen, daß davon die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten nicht unmittelbar betroffen werden. Die Zone aber, in der der "kleine Atomkrieg" ausbrechen würde, wäre auch Mitteleuropa.

Die atomare Bewaffnung der Bundeswehr schafft gerade jene furchtbaren Risiken, denen die amerikanische Politik aus wohlverstandenen eigenen Interessen entgehen will. Dieses Risiko führt uns mitten auf die Straße des Todes.

* * *

Um eine Reform des italienischen Senats

P.E. - Rom, Ende September

Die republikanische Verfassung Italiens ist in vielen Beziehungen eine Kompromisslösung zwischen konservativen und revolutionärer Tendenzen, zwischen dem Bestreben, die vorfaschistischen Formen und Einrichtungen der konstitutionellen Monarchie so weit wie möglich in die Republik hinüberzuretten und auf der anderen Seite dem Wunsch, mit dem faschistischen Regime und der Monarchie auch möglichst viele Elemente der "bürgerlichen" Demokratie über Bord zu werfen.

Das zähe Tauziehen und Feilschen zwischen Rechts und Links, das seinerzeit in der Konstituierenden Nationalversammlung vor sich ging, hat in dem endlich fertiggestellten Verfassungswerk seinen vielfachen Niederschlag gefunden. Dies gilt ganz besonders von den Bestimmungen über Wahl und Befugnisse des Oberhauses, also des Senats. Die Linke hätte dieses Oberhaus am liebsten überhaupt abgeschafft und wäre zum Einkammersystem übergegangen. Da aber die weiter rechts stehenden Parteien - und vor allem die Democrazia Cristiana - für eine solche radikale Lösung nicht zu haben waren, sorgte die Linke wenigstens dafür, dass der Senat zu einer wenig sinnvollen Doublette der Abgeordnetenkammer herabgedrückt wurde.

Für beide Häuser des Parlaments wurde nämlich im Prinzip dasselbe Wahlverfahren festgelegt, so dass die Parteienverteilung in dem einen automatisch in dem anderen ihr Abbild finden musste. Der Umstand, dass dem Staatspräsidenten die Befugnis zuerkannt wurde, einige prominente Persönlichkeiten des Geisteslebens ehrenhalber zu Senatoren auf Lebenszeit zu ernennen, konnte an dieser strukturellen Gleichförmigkeit der beiden Häuser des Parlaments nur wenig ändern.

In einem Punkte machte die Verfassung freilich einen erheblichen Unterschied zwischen Kammer und Senat, und gerade in diesem Punkte versteht man ganz und gar nicht, was sich die Gesetzgeber damals eigentlich gedacht haben. Während nämlich die Legislaturperiode der Kammer mit 5 Jahren begrenzt ist, umfasst die des Senats sechs Jahre. Das würde in der Praxis bedeuten, dass in Italien nicht nur einmal, sondern gleich zweimal während jeder Legislaturperiode Neuwahlen er-

folgen müssten - einmal für die Kammer und einmal für den Senat. Man erkennt leicht, welche unüberwindlichen praktischen Schwierigkeiten diese Bestimmung schaffen würde, angesichts der langen, kostspieligen Wahlkampagnen und der Lähmung des gesamten öffentlichen Lebens, die jeder politischen Neuwahl vorauszugehen pflegt.

Als im Frühjahr 1953 die Legislaturperiode der ersten, nach der neuen Verfassung gewählten Deputiertenkammer zu Ende ging, hätte der Senat eigentlich noch ein weiteres Jahr im Amt bleiben müssen. Gerade damals aber kam es im Oberhaus zu äusserst stürmischen und sogar blutigen Krawallezenen, und die Regierung nahm dies zum Anlass, um von dem damaligen Staatspräsidenten Einaudi die gleichzeitige Auflösung beider Kammern zu erbitten, die denn auch tatsächlich erfolgte. Dasselbe Problem ergibt sich jetzt von neuem. Im Frühjahr 1958 läuft die fünfjährige Legislaturperiode der Kammer ab, während die sechsjährige des Senats bis 1959 dauern würde. Nun ist man sich aber nicht nur innerhalb der Regierung, sondern auch bei ziemlich allen Parteien darüber einig, dass auch diesmal die Wahltermine zusammengelegt werden müssen, da sich Italien zwei Wahlkampagnen hintereinander in zwei aufeinanderfolgenden Jahren unmöglich leisten kann.

Da ein solches verfassungsänderndes Gesetz nur mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden kann und jede Partei eifersüchtig darüber wacht, dass die geplante Reform den politischen Gegnern keine grösseren Vorteile zuschreibe als der eigenen Partei, sieht der Gesetzentwurf eine Vergrösserung des Senats in genauer Proportion zu seiner bisherigen Zusammensetzung vor, so dass sich an den Stimmverhältnissen nicht die geringste Änderung würde. Noch ist es freilich mehr als ungewiss, ob das Parlament dieses Reformgesetz noch zeitgerecht vor Ausschreibung der Kammerwahlen wird verabschieden können. Sollte dies nicht möglich sein, so rechnet man mit der verfassungsmässig gegebenen Möglichkeit, dass der Staatspräsident auch diesmal, wie im Jahre 1953, aus eigener Machtvollkommenheit den Senat gleichzeitig mit der Deputiertenkammer auflöst.

Wenn öffnet sich für den Deutschen Arnold

der Schlagbaum der Gerechtigkeit?

E.K. - Die Böhme ist ein armes Land. Wenn der Mann als Heimarbeiter nicht genug verdienen kann, um seine Familie zu ernähren, muss er täglich viele Kilometer fahren, um nach Brückena, nach Hanzelburg oder nach Bad Kissingen zu kommen, denn diese sind die einzigen grösseren Städte in der weiteren Umgebung.

Im zweiten Weltkrieg entstanden bei Wildflecken moderne Kasernenbauten und ein riesiger Truppenübungsplatz wurde angelegt. Bei manchem Arbeiter fiel ein Stein vom Herzen, als er nach 1945 bei den Amerikanern eine Stellung fand, denn die Besatzungsmacht hatte von den schmucken Bauten Besitz ergriffen.

Franz Arnold aus Hengelsheim ist ein stiller und fleissiger Mensch. Im November des Jahres 1951 hatte er Wehrdienst und da geschah es. Das Kalenderblatt zeigte den 11.11., als Arnold wieder von Kaserne zu Kaserne ging, um die Öfen zu versorgen. Ein kühl'r Wind strich durch die menschenleeren Strassen des Truppenübungsplatzes als der deutsche Heizer zum Gebäude ging. Mit geschultertem Gewehr schob der farbige Soldat Rufus Johnson wache und patrouillierte zwischen den abgestellten Fahrzeugen an der Panzerwerkstätte. Arnold zeigte seinen Ausweis, auf dem zu lesen stand, dass er sich jederzeit frei im Kasernengelände bewegen könne.

Was sich dann ereignete, äusserte sich keine Zeugen. Der örtliche Landpolizei-poster aber hat in seiner Anzeige folgendes festgehalten: "Bei der Kontrolle behielt der Wachposten aus bisher noch nicht geklärten Gründen den Ausweis des Heizers Arnold und steckte ihn in seine Hosentasche. Hierauf befahl er dem Deutschen, sich zwischen zwei Fahrzeuge zu stellen". Was man kan, weiss Arnold wohl selbst am besten zu berichten: "Als ich etwa sechs Meter von dem Posten weg stand, riss der Weger plötzlich sein Gewehr an die Wange und feuerte. Ich spürte einen stechenden Schmerz in der linken Brustseite und krüchte mich. In diesem Augenblick knallte schon der nächste Schuss, der mir das Schlüsselbein durchstocherte."

Halb ohnmächtig stürzte Arnold zu Boden und rollte den steilen Abhang hinab. Auf allen Vieren kroch er bis zu dem nächsten Gebäude, in dem weisse Amerikaner lagen. Arnold wurde sofort ärztlich versorgt, und die Mediziner des Brückenaer Arztkinikums bestätigten es: Das jähe Zusammensinken, die Reflexbewegung, hat dem deutschen Heizer das Leben gerettet. Nur wenige Zentimeter über dem Herzen war die zweite Kugel in den Körper eingedrungen.

Über ein Jahr lang lag Arnold zu Bett. Sein linker Arm blieb gelähmt. "50-prozentige Dauererwerbsminderung" musste ihm bescheinigt werden. Kaum hatte er wieder seinen Dienst angetreten, wurde er entlassen. Einsparungsmassnahmen: Damit Arnold nicht von der Fürsorge leben muss, hat die Staatliche Aufsichtsbehörde der Unfallversicherung in München diese nächtliche Tat als "Betriebsunfall" angesehen, und ihm und seiner Familie eine Unfallrente in Höhe von 102,50 DM bewilligt.

27. September 1957

Doch Arnold gab sich damit nicht zufrieden, VdK-Sozialreferent Dr. Richard Lindt in Würzburg nahm für ihn den Kampf um sein Recht und um die Schadenersatzforderung bei den amerikanischen Dienststellen auf. Aus einem Forderungsschreiben der Allgemeinen Ortskrankenkasse Schweinfurt geht die Höhe der Arzt- und Krankenhauskosten mit 500,39 Mark hervor, ein Lohnausfall von 3.317,26 Mark wurde registriert, ein Erwerbsminderungsanteil, auf 20 Jahre verteilt, beträgt 9.831,-Mark und schliesslich wurde noch ein Schmerzensgeld von 3.000 Mark geltend gemacht. Insgesamt also: 16.648,56 Mark.

Mag auch dieser Betrag im ersten Augenblick hoch erscheinen, so darf man doch nicht vergessen, dass Arnold sein Leben lang in seiner Arbeitskraft geschwächt ist, denn mit einem Arm allein kann er ja gerade als Arbeiter nicht mehr allzu viel verdienen.

1952 machte Dr. Lindt die Ansprüche geltend, doch Jahre vergingen, bis von den Amerikanern eine Antwort kam, der Bescheid besagte: Aus Besatzungskosten werden dem Deutschen Franz Arnold 96,-Mark ausbezahlt. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus der Sachschadenfeststellung, für einen Rock 60,-, einen Pullover 18,-, ein Hemd 15,- und ein Unterhemd 3,-Mark. Als Gegenleistung erwartete die ausstellende Behörde die Unterschrift unter folgenden Satz: "Der Empfang dieses Zuspruchs gilt als Erlasse aller und jeglicher Ansprüche, die den Antragsteller auf Grund des Vorfalls gegen die Besatzungsmacht zustehen mögen".

Doch Dr. Lindt war auf der Hut und umging diesen Fussangel mit einem Schreiben an die US Army European Command in Heidelberg. Hoch eifrig trug er den wehren Verlauf des Geschehens vor und machte die Ansprüche geltend. Die Antwort, die auf den Tisch des VdK flatterte, besagte folgendes: "Die Schadensforderung ist nochmals sorgfältig geprüft worden, jedoch kann kein Grund gefunden werden, die erstmals getroffene Entscheidung zu ändern. Das vorhandene Beweismaterial zeigt, dass Ihr Klient zur Zeit des Unfalls innerhalb seines Dienstverhältnisses gehandelt hat. Infolgedessen unterliegt der Teil der Schäden, die persönlicher Art sind, das heisst Verdienstausfall und spätere körperliche Behinderung der Rechtsprechung der staatlichen Aufsichtsbehörde für Unfallversicherung".

Seitdem ist es ruhig geworden um den Fall Arnold. Dr. Lindt kämpft weiter um das Recht seines Mandanten. Sein sehnlichster Wunsch wäre, dass er die Angelegenheit vor den amerikanischen Präsidenten bringen könnte. "Ein Besatzungspersonenschadengesetz bräuchten wir" erklärt der versierte Jurist, "so wie nach dem ersten Weltkrieg. Es fehlt eine verbindliche Rechtsgrundlage für Betriebsunfälle der erwähnten Art." Franz Arnold aber kümmert sich nicht um solche juristischen Probleme. Für ihn ist es eine Angelegenheit der Vernunft und der Anständigkeit, dass ihm sein Schaden wieder ersetzt wird.

Zum 90. Geburtstag Walther Rathenau

Von Kurt Hirsch

"Eigenschaften, die einander sonst auszuschließen scheinen, finden wir in ihm vereinigt und bilden das Ganze einer glänzenden Persönlichkeit."
(Gerhart Hauptmann im Jahre 1917 über Walther Rathenau)

Die schwierige und hindernisreiche politische Straße, die Walther Rathenau - eine der wenigen bedeutenden liberalen deutschen Persönlichkeiten - zu gehen gezwungen war, kann als Leidersweg der deutschen Demokratie gelten und ist aus diesen Grunde von der allgemeinen politischen Entwicklung des kaiserlichen Deutschlands und der Weimarer Republik nicht zu trennen.

Als Dreißigjähriger trat Walther Rathenau, der Sohn des Gründers der AEG, Emil Rathenau, in das Direktorium der AEG ein. In dieser Funktion war er in Manchester, Amsterdam und Baku tätig. Desto ungeachtet fand er noch immer Muße, Soziologie, Nationalökonomie, Philosophie und Literatur zu studieren.

Die Esel-Fabel

Obwohl Walther Rathenau schon im Jahre 1914 an einen deutschen militärischen Sieg nicht glaubte, weil er sehr wohl die Labilität und Erüchigkeit des wilhelminischen Deutschlands erkannte - von ihm stammt auch der Satz: "Die Geschichte hätte ihren Sinn verloren, wenn Wilhelm der II. als Sieger hoch zu Roß durch das Brandenburger Tor einziehen würde", - meinte er, sein Bestes tun zu müssen, um die Lage des Reiches zum mindesten in wirtschaftlicher Hinsicht im Interesse des deutschen Volkes zu verbessern. Dieser Gedanke bewog ihn, die Errichtung und später auch die Leitung der äußerst kriegswichtigen Rohstoff-Abteilung in Berlin zu übernehmen. Sein Bemühen, Ludendorff die für Deutschland schwerwiegenden Folgen des Kriegseintrittes Amerikas verständlich zu machen und ihn vor seinen übertriebenen Hoffnungen bezüglich des Einsatzes der U-Boot-Waffe zu warnen, blieb erfolglos.

In der Zeit der größten Not nach dem Zusammenbruch der Monarchie wurde Walther Rathenau Mitglied der Sozialisierungs-Kommission und wirkte als Sachverständiger an der Konferenz von Spa mit. Als späterer Reichsminister für Wiederaufbau nahm er ebenfalls an den

Anleiheverhandlungen teil. Das weitere fungierte er als Delegationsleiter auf der Konferenz von Carnes. Dort war er, der deutsche Jude, bestrebt, den Vertretern der Entente die Begrenztheit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands verständlich zu machen, und zwar tat er dies mit Hilfe der Fabel von dem Esel. - Jenem Esel, dem sein Herr das Fressen abgewöhnen wollte, um einen höheren Nutzen aus ihm zu ziehen. Doch leider starb der Esel an dem Tage, an dem er endlich gelernt hatte, nichts mehr zu fressen. . .

Vielleicht wäre manches dem deutschen Volke und der Welt erspart geblieben, wenn die alliierten Sieger nach 1918 die Fabel vom Esel beherzigt und wenn sie der deutschen Demokratie einen Teil jener Zugeständnisse gemacht hätten, die ihnen Hitler später ohne Verhandlungen abtrotzte.

Der mit "Fehlern" bekaufte Minister

Als Walther Rathenau am 31. Januar 1922 das schwierige Amt des deutschen Außenministers übernahm, war er in den politisch kurz-sichtigen Augen der sogenannten "Nationalen Kreise" mit einigen nicht zu überschenden Fehlern vorbelastet: Er war überzeugter Republikaner und betrachtete die demokratische Ordnung - deren Mängel er sehr gut sah und kannte - als die günstigste Regierungsform; er versuchte auf dem Wege des Verhandels - und nicht mit Hilfe national-sozialistischer Phrasen - mit den Siegern das Bestmögliche für das deutsche Volk zu erzielen, und außerdem war er Jude.

Diese "Fehler" hatten zur Folge, daß alle jene, die niemals bereit waren und sind, zuzugeben, daß man einen Krieg auch schlicht und einfach auf Grund der militärischen und wirtschaftlichen Stärke der Gegner verlieren kann, eine ebenso skrupel- wie hemmungslose Hetze gegen Rathenau von rechtsradikalen Stapel ließen. Diese Propaganda gegen ihn und andere demokratische Politiker zieht sich unter dem Begriff "Dolchstoßlegende" einen blutig roten Faden gleich durch die Geschichte der Weimarer Republik.

Rathenau - das Opfer der rechtsradikalen Hetze

Die Rechtsradikalen zogen durch die Straßen der deutschen Städte und grölten:

"Knallt ab den Walther Rathenau,
die gottverdammte Judensau."

27. September 1957

So wurde Walther Rathenau am 24. Juni 1922 eines der 355 Opfer der Dolchstoß-Propaganda des ersten Weltkrieges. Vom Begräbnis zurückgekehrt schrieb seine Mutter an die Mutter des Mörders ihres Sohnes, Frau Tachow, den folgenden Brief:

"Voll unaussprechlichen Mitleids reiche ich Ihnen die Hand. Sie unglücklichste aller Mütter. Sagen Sie Ihrem Sohn - und das ist im Sinne des Toten - daß ich ihm verzeihe, wie Gott ihm verzeihen möge. Möge er ein freimütiges Geständnis vor dem irdischen Richter ablegen und vor dem himmlischen bereuen. Wenn er meinen Sohn gekannt hätte, den edelsten aller Menschen, dann hätte er eher die Waffe gegen sich selbst gekehrt, als gegen ihn. Mögen diese Zeilen Ihnen die Ruhe des Gemütes wiedergeben.

Mathilde Rathenau."

Die Mörder Rathenaus wurden später von den Nationalsozialisten gefeiert und es war sicherlich nicht von ungefähr, daß im "Dritten Reich" Gedenkfeiern für die Attentäter abgehalten wurden.

Der Feind steht rechts !

Am 27. Juni 1922 gestaltete sich das Begräbnis Walther Rathenaus zu einer machtvollen Kundgebung der demokratischen Teile des deutschen Volkes und glich einen verzweifelten Aufschrei gegen die Mordserie, die in diesen Jahren gegen unliebsame Politiker und Publizisten von nationalsozialistischer Seite durchgeführt wurde. Dieser Wille von Attentaten standen die Behörden in der Weimarer Republik größtenteils hilflos gegenüber. In Deutschen Reichstag klagte der damalige Kanzler Dr. Wirth in leidenschaftlichen Schmerz die Nationalsozialisten der intellektuellen Urheber-schaft an dem Verbrechen an und rief warnend und anklagend:

"Der Feind steht rechts !"

Walther Rathenau, der bedingungslose Anhänger der bürgerlichen Demokratie, der sein Bestes gab, um den Volke in wilhelminischen Deutschland während des ersten Weltkrieges über die wirtschaftlichen Böte hinwegzuhelfen; der trotz seiner liberalen Grundeinstellung als Anhänger einer vernünftigen Planung der Wirtschaft galt; der ungeachtet seiner Gegnerschaft zum Bolschewismus für gute deutsch-sowjetische Beziehungen eintrat; dieser deutsch fühlende Bürger jüdischen Glaubens, zählte zu den wenigen wahrhaft liberalen Politikern, mit denen das deutsche Bürgertum niemals überreichlich gesegnet war. Aus diesen Gründen scheint uns auch die Erinnerung an das Leben und Sterben dieses Mannes zur Wiederkehr seines 90. Geburtstages nicht überflüssig zu sein.

* * *
Verantwortlich: Günter Markscheffel